

Verteidigung braucht mehr als Geld

Reiner Eichenberger*

Der Bundesrat will die Mehrwertsteuer erhöhen, um aufzurüsten. Doch die Schweiz gibt bereits mehr für ihr Militär aus als behauptet – und braucht vor allem ein flexibleres Wehrmodell.

Viele klagen, die Schweizer Armee sei heute nicht einsatzfähig, weil die Schweiz mit nur 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) in Europa am wenigsten für Verteidigung aufwende. Nun will der Bundesrat zum Ausbau der Armee eine auf 10 Jahre befristete Mehrwertsteuererhöhung von 0,8 Prozentpunkten. Braucht es das?

Gute Politik braucht zuallererst saubere Daten. Gemäss dem Bericht «Kosten der Schweizer Armee» des Bundesrats von 2025 liegen die Armeekosten gar nicht bei 0,7 Prozent, sondern inklusive Abschreibungen und Personalkosten bei 1,06 Prozent des BIP. Dabei bewertete er die etwa 5,5 Millionen geleisteten Dienstage mit je gut 130 Franken Erwerbsersatz plus Lohnfortzahlungen. Für internationale Vergleiche mit Ländern mit Berufsarmeen wären aber marktnahe Arbeitskosten inkl. Sozialbeiträge einzurechnen, wohl mindestens 700 Franken pro Tag. So betrügen die Armeekosten schon 1,45 Prozent des BIP. Da das Schweizer BIP pro Kopf gut doppelt so hoch wie in der EU ist, hat die Schweiz in Franken pro Kopf die höchsten Militäraufwendungen in Westeuropa (exkl. Skandinavien). Dazu passt, dass die Schweiz am meisten Soldaten, Flugzeuge und

* Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Uni Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA – Center of Research in Economics, Management and the Arts.

Panzer pro Einwohner hat. Natürlich sind nicht alle voll ausgerüstet und einsatzfähig. Aber das gilt auch für die anderen Armeen Europas.

Um die Bürger für noch höhere Militärausgaben zu gewinnen, sollten Politiker und Armeevertreter die Schwächen der Armee nicht übertreiben. Ansonsten droht in der Bevölkerung Defaitismus und Verlust des Vertrauens in die politische und militärische Führung. Klüger wäre es zu betonen, dass das Potenzial der Armee gross ist, aber es sich gerade deshalb lohnt, viel in ihre Verteidigungs- und auch Gegenschlagsfähigkeit zu investieren, so dass Feinde ihre Ressourcen lieber woanders einsetzen. Dafür gilt viererlei:

Mehr als Geld. Die heutige Milizarmee mit Wehrpflicht ist kaum ausbaubar. Soldaten haben ihre Pflicht zumeist mit 26 absolviert. Mit höheren Rekrutierungsquoten gewänne die Armee eher schlecht motivierte Soldaten, und der teuren Grundausbildung stünden nur wenige zusätzliche Dienstjahre gegenüber. Zugleich würden die jungen Schweizer Männer gegenüber den Ausländern, deren Anteil bei den 30-Jährigen um die 40 Prozent liegt, noch zusätzlich belastet. Die Zukunft gehört deshalb einer Milizarmee mit Freiwilligen. Diese könnte jetzt aufgebaut werden. Die Armee soll den besten Soldaten am Ende ihrer Dienstpflicht ein Bleibeangebot machen: Zusätzliche Dienstjahre in einer starken freiwilligen Miliz mit guter Kameradschaft, guten Netzwerken und guter Bezahlung. Solche Freiwillige wären bestens motiviert und leistungsfähig und blieben auch mit kürzeren Wiederholungskursen alle zwei Jahre und einigen Wochenendkursen voll einsatzfähig. Weil die Dienstleistenden viel länger aktiv blieben – in der grössten freiwilligen Miliz, der US-Nationalgarde und Reserven, kann bis 60 gedient werden – sinkt die Kostenlast durch die Grundausbildung, und die Truppen sind viel erfahrener und psychisch robuster. Angesichts der guten Bezahlung gäbe es auch kein Konflikt mit ihren zivilen Arbeitgebern. So könnte der Bund die Lohnkosten für zwei Wochen pro Jahr voll übernehmen, und den Freiwilligen pro Dienstag ein grosszügiges Handgeld zahlen. So liessen sich sehr schnell und günstig eine sehr schlagkräftige freiwillige Miliz aufstellen.

Gerechtere Lastenverteilung. Die Hauptlast der Armee liegt heute auf den Jungen. Den Wehrpflichtigen bringen ihre 245 Dienstage trotz Erwerbsersatz einen Verdienstaufschlag von 50'000 bis 80'000 Franken und mehr. Angesichts des hohen und steigenden Ausländeranteils ist es kaum nachhaltig, diese Last ausschliesslich Schweizer und Schweizerinnen sowie ihre Familien aufzuerlegen. Die Zuwanderer, die von der Sicherheit genauso mitprofitieren, sollten einen ähnlichen Beitrag leisten. Ideal dafür wäre eine entsprechende Aufenthaltsabgabe für Neuzuwanderer. Ein Beitrag von 50'000 Franken in fünf Jahren würde nicht nur die Zuwanderung wirksam steuern,

sondern brächte selbst bei einem Rückgang der Bruttozuwanderung von einem Drittel noch Einnahmen von vier bis fünf Milliarden Franken jährlich, was mehr als die zusätzlichen Bedürfnisse der Armee finanzieren würde.

Grösste Flexibilität. Der Wiederaufbau der Armee ist ein Projekt, das mindestens bis 2040 dauert – also wohl bis weit in die Nach-Putin-Ära. Das Bedrohungsszenario dürfte sich bis dann mehrfach stark ändern. Wichtig ist deshalb weniger ein Plan, wie die Armee bis 2040 voll ausgebaut werden kann. Vielmehr muss schnellstmöglich ein robuster minimaler Schutzschirm gegen Angriffe aus der Luft sowie eine wirkungsvolle Ferndistanz-Gegenschlagskapazität aufgebaut werden, und danach eine möglichst hohe Anpassungsfähigkeit an höhere oder tiefere Sicherheitsanforderungen erreicht werden. Dafür braucht es ein flexibles Wehrmodell – eben eine freiwillige Miliz, schnell mobilisierbare finanzielle Reserven, und eine Rüstungsindustrie, die ihre Kapazitäten schnell variieren kann. Dass der Ukrainekrieg nun bald in sein fünftes Jahr geht und kaum je über Aufbauernfolge der Armee berichtet wird, zeigt, wieviel schneller die Planung und ihre Umsetzung werden muss.

Neue Institutionen. Die Kritik Politikern heisst nicht, dass sie auszutauschen sind. Vielmehr sind ihre Anreize und Handlungsmöglichkeiten anzupassen. In den letzten 20 Jahren sind sie im Geld geschwommen. Mit dem sehr hohen Bevölkerungswachstum und dem kleinen Wohlstandswachstum wuchsen die Steuereinnahmen sehr stark. Parlament und Regierung haben die Mittel freudigst ausgegeben und oft noch gesetzlich gebunden. Nun fehlt Geld für die notwendigen Infrastrukturinvestitionen und Verteidigungsausgaben. Jetzt ohne ernsthaft zu Sparen die Bürger zur Kasse zu bitten, wäre frivol. Weit nachhaltiger wirken institutionelle Regelungen, etwa diese: Die zusätzlichen Einnahmen aufgrund von Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum sollen grossenteils in einen Fonds fliessen, über den alleine das Volk aufgrund von Vorschlägen einer unabhängigen, volksgewählten Finanzkommission entscheidet. So könnte das Parlament weiterwursteln wie bisher, aber für neue und wichtige Aufgaben wäre trotzdem genügend Reserven vorhanden.